

Bei einem Beitritt zur WTO, so Long Yongtu, sei es die wichtigste Verpflichtung Chinas, die internationalen Regeln einzuhalten. Dies wäre nicht zu Ungunsten Chinas und würde dazu beitragen, ein positives Image im Ausland zu erreichen und den ausländischen Investoren Vertrauen zu geben. Allerdings müßten dafür bestimmte Zugeständnisse von Seiten Chinas gemacht werden, die mit negativen Folgen verbunden sein könnten. (SWB FE/D3603/CNS, 3.8.99)

Im bilateralen Außenhandel zwischen den USA und China belief sich der Handelsüberschuß Chinas (nach chinesischen Statistiken) im 1. Halbjahr 1999 auf 9,1 Mrd. US\$. Chinas Exporte erhöhten sich um 8,4% und erreichten ein Niveau von 18,1 Mrd. US\$, während die Importe um 18,4% stiegen und rd. 9 Mrd. US\$ ausmachten. US-Statistiken weisen jedoch stets einen höheren chinesischen Überschuß aus. Im letzten Jahr beispielsweise lag dieser nach US-Angaben bei 56,9 Mrd. US\$, während die chinesische Statistik lediglich 21 Mrd. US\$ ermittelte. (AWSJ, 5.8.99) -schü-

21 Kapitalflucht hält an

Nach offiziellen Angaben soll der Umfang der Kapitalflucht im letzten Jahr rd. 16 Mrd. US\$ ausgemacht haben. Ausländische Analysten kommen jedoch zu einem wesentlich höheren Ausmaß des illegalen Kapitalabflusses und warnen vor den damit verbundenen Folgen. Für 1999 befürchtet die Weltbank in ihrem *dowside*-Szenarium (siehe Übersicht „Weltbank fordert China auf, Wirtschaftswachstum zu stärken“), daß die Devisenreserven aufgrund der Kapitalflucht von 145,1 Mrd. US\$ im Jahre 1998 auf 123,3 Mrd. bzw. dann auf 93,7 Mrd. US\$ im Jahre 2000 schrumpfen könnten. Folge dieser Entwicklung könnte ein zunehmender Druck auf die Zahlungsbilanz sein.

Obwohl die chinesische Regierung die Maßnahmen gegen illegalen Transfer von Devisen ins Ausland verschärft hat, geht die Kapitalflucht weiter. Im August sind beispielsweise 17 Geschäftsleute und Bankbeamte in vier Fällen für schuldig befunden worden, in illegale Devisentransaktionen mit einem Wert von 200 Mio. US\$ ver-

wickelt zu sein. Um an Devisen zu gelangen, hatten zwei von ihnen Handelsdokumente gefälscht.

Nach Einschätzung chinesischer Ökonomen hat die Kapitalflucht dazu beigetragen, daß die Maßnahmen zur konjunkturelle Erholung bisher wenig erfolgreich waren. Anstatt für den Kauf von Aktien in China eingesetzt werden zu können, würde mit dem Kapital wohl an Auslandsbörsen spekuliert werden. Problematisch sei, daß die großen staatlichen Außenhandelsunternehmen die Gewohnheit hätten, bereits einige Monate vor Fälligkeit von Rechnungen Geld ins Ausland zu überweisen, um dort dann kurzfristige Spekulationsmöglichkeiten wahrzunehmen. Andere Unternehmen warten so lange wie möglich mit der Rücküberweisung von Zahlungen in Devisen nach China. Zu den Erklärungen für Kapitalflucht gehört auch das Schmuggeln von Devisen über Hongkong außer Land. (SCMP, 11.8.99)

Aufgrund des geringeren Kapitalzuflusses seit Beginn der Asienkrise hat die Kapitalflucht an Bedeutung gewonnen. Nach offiziellen MOFTEC-Angaben hat China zwischen Januar und Juli d.J. insgesamt 9.368 Projekte mit einem vertraglich festgelegten Investitionsvolumen von 22,28 Mrd. US\$ genehmigt, das waren 20,5% weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Das Volumen der bereits realisierten Investitionen beläuft sich auf 21,49 Mrd. US\$, ein Rückgang um 10% gegenüber dem Zeitraum Januar bis Juli 1998. (XNA, 20.8.99) -schü-

Binnenwirtschaft

22 „Ländliche Unternehmen sind Motor der Wirtschaft auf dem Land“

Ende August wies Qi Jingfa, stellvertretender Landwirtschaftsminister, auf die herausragende Rolle der nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen für die Wirtschaftsentwicklung auf dem Land hin. In seinem Bericht über die Situation dieser Unternehmen vor dem Komitee für Fragen der ländlichen Entwicklung beim 9. Nationalen Volkskongreß (NVK) gab Qi die Zahl

der in mehr als 20 Mio. ländlichen Unternehmen arbeitenden Beschäftigten mit rd. 125 Mio. an. Diese Unternehmen tragen Qi zufolge mit 60% zur gesamten Wertschöpfung der ländlichen Wirtschaft bei; ihr Anteil am gesamten BIP belaufe sich auf 28%. Für die Bauern sind die ländlichen Unternehmen inzwischen eine wichtige Einkommensquelle geworden. Im Durchschnitt stammen rd. 30% der Pro-Kopf-Einkommen aus ländlichen Unternehmen.

Qi wies darauf hin, daß 1996 ein Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen der ländlichen Unternehmen vom NVK verabschiedet worden ist. Allerdings gebe es nach wie vor zahlreiche Probleme bei der Durchsetzung dieser gesetzlichen Bestimmungen. Hierzu zählten Übergriffe in die Rechte der Unternehmen und Verstöße der Unternehmen gegen bestehende Gesetze. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der ländlichen Unternehmen sieht Qi vor allem Probleme in folgenden Bereichen: Produktqualität, veraltete Technologie, Umweltverschmutzung, Schwierigkeiten beim Zugang zu Bankkrediten und willkürliche Gebührenerhebungen durch die Lokalregierungen.

Auch Buhe, stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Komitees des NVK, forderte eine bessere Umsetzung der bestehenden Gesetze zum Schutz dieser Unternehmen, da sie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung immer bedeutender würden. Buhe zufolge wird im NVK darüber nachgedacht, die Umsetzung des Gesetzes über die ländlichen Unternehmen auf allen Ebenen zu untersuchen. (XNA, 24.8.99)

Mitte August d.J. forderte das Landwirtschaftsministerium die Lokalregierungen auf, die Erhebung unrechtmäßiger Bußgelder und willkürlicher Quoten gegenüber ländlichen Unternehmen zu unterlassen, da hierdurch das nachhaltige Wachstum der Unternehmen beeinträchtigt würde. Das Ministerium machte darauf aufmerksam, daß die ländlichen Unternehmen in diesem Jahr nicht nur mit unrechtmäßigen Bußgeldern konfrontiert würden, sondern sich auch mit einer schwachen Marktnachfrage und Problemen bei der Aufnahme von Krediten gegenübersehen. Jiang Yongtao,

Direktor des Amtes für ländliche Unternehmen beim Landwirtschaftsministerium, wies darauf hin, daß die Lokalregierungen nunmehr die ländlichen Unternehmen verstärkt mit Bußgeldern belasteten, nachdem sie nicht mehr die Bauern mit willkürlichen Abgaben unter Druck setzen dürften.

Die Entwicklung der ländlichen Unternehmen gehört zu den Schlüsselstrategien der langfristigen Entwicklung der Regierung. Im letzten Jahr realisierten die Gemeinde- und Dorfunternehmen eine reale Wachstumsrate von 17,3%; sie erhöhten das gesamtwirtschaftliche Wachstum, das insgesamt 7,8% betragen hat, um rd. 3%. (XNA, 11.8.99) In den ersten sieben Monaten d.J. lag die Wertschöpfung der Unternehmen bei 1.406 Mrd. Yuan und nahm damit gegenüber der Vorjahresperiode um 16,7% zu. (XNA, 18.8.99)

Die Entwicklung der ländlichen Unternehmen wird von der *China Economic Times* eher kritisch gesehen. Während die Wirtschaft insgesamt ihre Talsohle durchschritten habe, würden diese Unternehmen in immer größere Schwierigkeiten geraten. Ihre Probleme hätten vor rd. drei Jahren eingesetzt und seien dadurch gekennzeichnet, daß die Wachstumsraten der Wertschöpfung sowie die Investitionen und die Bereitstellung von neuen Arbeitsplätzen kontinuierlich zurückgegangen wären. Während sie in ihrer schnellen Entwicklungsphase jährlich rd. 10 Mio. Arbeitsplätze bereitgestellt hätten, sank diese Zahl bis 1996 auf 6 Mio. Nach Einschätzung von Chen Jianbo, Landwirtschaftsexperte am Forschungszentrum des Staatsrates, gingen in den letzten zwei Jahren sogar rd. 10 Mio. Arbeitsplätze in den ländlichen Gebieten verloren. Aufgrund der schwierigen Konjunktur in den Städten und den Versuchen der größten Küstenstädte, einen Teil der ländlichen Migranten wieder zurückzuschicken, hätten weitere rd. 10 Mio. Arbeitskräfte vom Land ihre Beschäftigung verloren.

Chen zufolge führte der Verlust von insgesamt rd. 20 Mio. Arbeitsplätzen zum Rückgang der ländlichen Einkommen, die ja zu rd. einem Drittel durch nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten bestimmt würden. Daß viele ländliche Unternehmen in Schwierigkeiten geraten seien, würde sich

auch negativ auf die Steuereinnahmen der Lokalregierungen auswirken. Die Gewinne der ländlichen Unternehmen trugen 1997 mit 45 Mrd. Yuan zu den Haushalten der Kreisregierungen bei, die davon wiederum Subventionen an die Landwirtschaft, für die Bildung und Infrastruktur finanzieren würden. (SCMP, 27.9.99) -schü-

23 Weltbank fordert China auf, Wirtschaftswachstum zu stärken

In ihrem neuesten Bericht zur aktuellen Wirtschaftslage in der VR China (World Bank, *China. Weathering the Storm and Learning the Lessons*, Washington D.C., 1999) geht die Weltbank davon aus, daß China zwar in geringerem Maße von der Asienkrise betroffen wurde als die asiatischen Nachbarländer, die konjunkturelle Erholung jedoch durch die Auswirkungen der Asienkrise und die Verlangsamung des globalen Wirtschaftswachstums erschwert wird. Dies betrifft vor allem die größte Herausforderung, nämlich die schwache Inlandsnachfrage. Die von außen kommenden Herausforderungen fallen mit der Umsetzung struktureller Anpassungen in China zusammen. Arbeitslosigkeit und ein Bedarf nach mehr sozialer Sicherung haben mit dem Übergang zur Marktwirtschaft zugenommen; auch das Problem der Unternehmensverschuldung hat einen stärkeren Handlungsdruck erzeugt. Im Gegensatz zu den asiatischen Nachbarn hat die chinesische Wirtschaft die Krise bisher besser überstanden und sollte nun aus den Schwierigkeiten dieser Länder eine Lehre ableiten, um eine mögliche Krise zu vermeiden.

Aus Sicht der Weltbank ist die wichtigste Herausforderung für China, daß auf den aktuell bestehenden Wachstumsdruck so reagiert wird, daß dadurch die Strukturreform und die Wirtschaftsentwicklung verstärkt wird. Die Politiker müßten sich darauf konzentrieren, wachstumsbeschleunigende Reformen zu verfolgen, die die Entwicklung des arbeitskräfteabsorbierenden Dienstleistungssektors förderten. Weiterhin müßte die Umstrukturierung der Unternehmen weiterhin auf der Prioritätsliste oben stehen, um sowohl die Unternehmensverschul-

dung zu lösen als auch um Kapital für produktive Aktivitäten freizusetzen.

Weiterhin vertritt die Weltbank die Position, daß Strukturmaßnahmen durchgesetzt werden müßten, um die Nachfrage der Haushalte zu unterstützen. Notwendig dafür sei ein Anstieg der ländlichen Einkommen sowie die Bereitstellung einer angemessenen fiskalischen Förderung für ein Programm zur sozialen Absicherung. Die Anhebung der privaten Nachfrage wird von der Weltbank als notwendige Voraussetzung für eine Erholung des Wirtschaftswachstums und für eine erfolgreiche Transformation in eine nachfrageorientierte Wirtschaft angesehen.

In ihrem Bericht stellt die Weltbank unter Berücksichtigung verschiedener Unsicherheitsfaktoren eine mittelfristige Prognose der Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahre 2005 auf. Unterschieden werden je nach Wahrscheinlichkeit drei mögliche Szenarien. Das erste mit größter Wahrscheinlichkeit eintretende *base case*-Szenario (siehe auch Tabelle „Weltbank-Prognose 1999-2005“) geht von einer mittleren Erholung der inländischen Wirtschaft, einem „soft take-off“ aus, obwohl die externen Bedingungen noch schwierig bleiben. Das zweite *downside*-Szenario nimmt an, daß die inländische Wirtschaft auf das Stimuluspaket der Regierung nicht ausreichend reagiert und/oder daß die externe Umgebung noch schwieriger wird. Im dritten *upside*-Szenario, das die Weltbank als am unwahrscheinlichsten ansieht, rufen die Konjunkturbelebungsmaßnahmen eine Überhitzung der Wirtschaft hervor. Die Weltbank schlägt eine bestimmte Mischung der politischen Maßnahmen vor, um extreme Schwankungen im Wachstum in den nächsten Jahren zu vermeiden.

Im folgenden wird nur auf das erste Szenario kurz eingegangen. Basierend auf den o.a. Annahmen werden die Nettoexporte 1999 etwas zurückgehen und in geringem Umfang auch das BIP-Wachstum belasten. Das Stimuluspaket wird sich jedoch ausgleichend auswirken, so daß die Investitionen um 12,6% steigen und der reale Konsum um 5,3% zunimmt. Als Ergebnis der Konjunkturstützungsmaßnahmen wird selbst bei einer gewissen Verschlechterung der außenwirtschaft-

Weltbank-Prognose 1999-2005

Reale Wachstumsraten (%)	1997	1998	1999	2000	2001-2	2003-5
BIP	8,8	7,8	7,0	7,0	7,0	7,0
Konsum	5,3	5,1	5,3	6,3	7,7	7,7
Investition	5,7	10,0	12,6	8,1	6,2	6,2
Exporte von Gütern und Dienstleistungen	27,6	4,6	-5,0	3,0	4,7	5,0
Exporte von Gütern und Dienstleistungen	13,1	1,5	-0,2	2,9	4,0	4,3

Quelle: World Bank, *China. Weathering the Storm and Learning the Lessons*, Washington D.C., 1999, S.47.

lichen Entwicklung mit einem BIP-Wachstum von rd. 7% p.a. gerechnet.

Die Entwicklung von Ex- und Importen spiegelt die relativ schwache globale Nachfrage sowie einen gewissen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit Chinas gegenüber den wieder erstarkten asiatischen Exporten wider. -schü-

24 NVK beschließt Maßnahmen zur Konjunkturstützung

Ende August hat der Nationale Volkskongreß (NVK) drei wichtige Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur beschlossen. Hierzu zählt eine Gesetzesänderung, die es erlaubt, die Zinserträge auf Sparguthaben zu besteuern. Weiterhin wurde eine Emission von Staatsanleihen in Höhe von 60 Mrd. Yuan genehmigt, die der Regierung zusätzliche Ausgaben zur Konjunkturbelebung ermöglichen sollen. Darüber hinaus wurde ein neues Gesetz über Privatunternehmen verabschiedet, mit denen diese Unternehmen dieselben Rechte wie die staatseigenen Unternehmen haben werden. Das Gesetz, das zum 1. Januar 2000 in Kraft treten wird, stellt die erste gesetzliche Reaktion auf den Verfassungszusatz dar, mit dem im März d.J. der nichtstaatliche Sektor gestärkt worden ist.

Der wohl in der Öffentlichkeit umstrittenste Beschluß des NVK ist die Gesetzesänderung über die Besteuerung von Sparguthaben in Landeswährung und in Devisen, die insgesamt rd. 6.6 Billionen Yuan betragen. Im NVK ist der Zusatz zum „Personal Income Tax Law“ mit 121 zu 11 Stimmen verabschiedet worden. Auch diese Gesetzesänderung wird zum 01.01.2000 in Kraft treten. Details über die Anwendung des Gesetzes werden vom Staats-

rat zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Nach Xinhua-Angaben soll das Ständige Komitee des NVK den Staatsrat aufgefordert haben, Unterschiede bei der Besteuerung von Sparguthaben zwischen Personen mit niedrigem Einkommen und den „Neureichen“ zu machen. Einige NVK-Delegierte schlugen außerdem vor, eine progressive Steuer einzuführen, die die Einkommensunterschiede ausgleichen sollte. In der Diskussion ist ein Steuersatz von 20% auf Spareinlagen über einem Grundbetrag von 40.000 bzw. 50.000 Yuan.

Die Besteuerung von Sparguthaben wird als neuer Versuch angesehen, die Sparer zur Verwendung ihrer Einlagen für den Kauf von Wohnungen oder Aktien zu bewegen, nachdem sieben Zinssenkungen seit Mai 1996 dieses nicht bewirken konnten. Die Emission der 60 Mrd. Yuan-Anleihe soll vor allem zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten genutzt werden. (SCMP, 31.8.99)

Konjunkturstimulierend wird sich auch die Erhöhung der Zahlungen an freigesetzte Arbeitskräfte um 30% zum 1. Juli 1999 auswirken. Nach Angaben des Arbeitsministers werden dadurch Kosten in Höhe von 24,5 Mrd. Yuan entstehen. (FT, 31.8.99) In Diskussion, aber noch nicht beschlossen, ist ebenfalls die Anhebung der Gehälter der öffentlichen Bediensteten. (XNA, 5.8.99)

Daß eine aktive Fiskalpolitik der einzige Ausweg ist, um ein relativ hohes Wachstum zu erreichen, darüber scheinen sich die meisten chinesischen Analysten einig zu sein. So befindet sich nach Einschätzung von Fan Gang, Direktor des China National Institute of Economic Research, die chinesische

Wirtschaft nicht auf einem normalen Wachstumspfad. Weitere Anstrengungen seien notwendig, um die Wirtschaft vor einem Abgleiten in die Rezession zu bewahren. Selbst ein Jahr nach Einleitung einer aktiven Fiskalpolitik gebe es noch keine eindeutigen Zeichen der Normalisierung. (AWSJ, 27./28.8.99)

Ausländische Analysten wie Chi Lo, Chefökonom für Asien bei der Hongkong Shanghai Banking Corporation, weisen darauf hin, daß im Zentrum der Probleme die Deflation steht. In den seit 22 Monaten sinkenden Preisen kristallisierten sich die negativen Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung. (AWSJ, 31.8.99) -schü-

25 Maßnahmen gegen Überkapazitäten und Dumping

Die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel (State Economic and Trade Commission SETC) hat Mitte August eine Direktive ausgegeben, nach der Investitionen in bestimmte Industrie- und Handelsprojekte mit Wirkung 1. September 1999 nicht mehr erlaubt sind. Die Kommission forderte die Lokalregierungen und Banken auf, keine Investitionsprojekte mehr zu beginnen, durch die Produkte mit offensichtlichem Überangebot hergestellt werden.

Nach Angaben von Zhang Zhigang, stellvertretender SETC-Minister, handelt es sich bei der Direktive um eine wichtige industriepolitische Vorgabe mit verschiedenen Zielsetzungen. So sollen hierdurch die Überkapazitäten abgebaut, die industrielle Umstrukturierung und Reorganisation beschleunigt, Leitlinien für die Investitionen vorgegeben und den staatseigenen Unternehmen bei der Überwindung ihrer Probleme innerhalb von drei Jahren

geholfen werden. In der Direktive werden 17 Sektoren mit insgesamt 201 Investitionsprojekten genannt, die nicht mehr genehmigt werden dürfen. Hierzu zählen die Herstellung von Stahl, NE-Metallen, Kohle- und Goldabbau sowie die petrochemische Industrie. Diese Industrien seien alle durch eine enorme Überkapazität gekennzeichnet, durch technologische Rückständigkeit, starke Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung. In der Liste aufgeführte Einzelprodukte sind beispielsweise Maschinen, Haushaltsgeräte und Arzneimittel. Zhang kündigte an, daß die Vorgaben der Direktive entsprechend den Veränderungen am Markt angepaßt werden. (XNA, 14.8.99; NfA, 30.8.99; NZZ, 19.8.99)

Da das Überangebot bei vielen Produkten mit einer schwachen Nachfrage zusammentrifft, ist Preisdumping in den letzten Monaten verstärkt aufgetreten. Vor diesem Hintergrund hat die Staatliche Entwicklungsplanungskommission (SDPC) Anfang August d.J. eine Bestimmung zur Verschärfung der Strafen bei Dumping veröffentlicht. Die Bestimmung richtet sich gegen Preisdumping, d.h. Verkauf von Produkten unterhalb der Herstellungskosten, sowie gegen Preismonopole, das Herauftreiben von Preisen, Preisbetrug etc. Von den Unternehmen wird verlangt, die Basis für die Preisbestimmung anhand von Kostenbelegen offenzulegen. (XNA, 2.8.99; AWSJ, 6./7.8.99; FT, 6.8.99) -schü-

guo zur „Zwei-Staaten-Theorie“ des taiwanesischen Präsidenten Li Denghui (siehe hierzu C.a., 1999/7, S.683-685). Das Chung-Hwa-Reisebüro fungiert seit Jahrzehnten - und auch über den Souveränitätswechsel von 1997 hinweg - als inoffizielle, von der Beijinger Zentralregierung und von der SVR-Regierung geduldete Vertretung Taiwans in Hongkong, muß sich in dieser Funktion aber aller politischer Betätigungen enthalten. (SCMP, 7.8.1999; RTHK Radio 3, 8.78.1999, nach SWB, 10.8.1999; *Ming Pao*, Hongkong, 20.8.1999, nach SWB, 25.8.1999)

Ein Stellvertretender Direktor aus der Hongkonger Filiale der Xinhua-Nachrichtenagentur - diese Agentur repräsentiert zusammen mit dem Kommissar des chinesischen Außenministeriums in Hongkong die Beijinger Zentralregierung - kritisierte die Äußerungen Zheng Anguos auf schärfste: Als inoffizieller, von der Zentralregierung nur geduldeter Vertreter Taiwans in Hongkong müsse sich Zheng Anguo jeder Stellungnahme enthalten, die in offenem Widerspruch zum Grundgesetz der Sonderverwaltungsregion Hongkong stehe. Im Grundgesetz aber seien das Ein-China-Prinzip - die nationale Einheit Chinas einschließlich Taiwans - festgeschrieben und Sezessionsbestrebungen untersagt. Darüber hinaus hätte nach Auffassung der Xinhua-Vertretung der regierungsfinanzierte Sender RTHK das Interview gar nicht verbreiten dürfen, da der Inhalt gegen das SVR-Grundgesetz verstoßen habe.

Einige Hongkonger Delegierte des Nationalen Volkskongresses der VR China schlossen sich dieser Kritik an. Viele Hongkonger Medienvertreter hielten jedoch entgegen, daß es sich bei der RTHK-Sendung nicht um die Propagierung einer bestimmten taiwanfreundlichen Position, sondern lediglich um eine umfassende Berichterstattung und Information über verschiedene Positionen zur Taiwan-Frage gehandelt habe. Die SVR-Regierung sah offenbar zunächst keinen Anlaß, die Taiwan-Berichterstattung von RTHK durch offizielle Anordnungen einzuschränken. -hei-

27 Wieder großer Andrang zur Sekundarstufe II

Wie schon im letzten Jahr herrscht auch dieses Jahr wieder großer Andrang auf die Form Six, die vorletzte Klasse der Sekundarstufe II. Das Kontingent für die Zulassung zu den beiden letzten Klassen, deren Absolvierung zum Hochschulstudium berechtigt, ist limitiert. Die Schulplätze werden entsprechend dem Abschneiden beim HKCEE (Hong Kong Certificate of Education Examination) vergeben (vgl. dazu C.a., 1998/8, Ü 22). Schon letztes Jahr waren heftige Diskussionen um die Vergabepaxis entbrannt, die sich in diesem Jahr deutlich verschärft haben. Nach dem Urteil vieler Eltern und Schüler herrscht reines Chaos, denn die Schüler müssen sich zuerst bei einer Schule bewerben und können erst nach einer Ablehnung eine weitere Schule versuchen, für die es dann meist schon zu spät ist. Versuchsweise wurden jetzt in einem Stadtteil die Schulplätze in einen Pool zusammengefaßt, so daß sie dort zentral vergeben werden können. Falls der Versuch erfolgreich ist, soll das Verfahren auch auf andere Distrikte ausgedehnt werden. Allerdings hat die Erziehungsbehörde ausgeschlossen, das Bewerbungsverfahren generell zu zentralisieren, denn dazu sei die Situation in den einzelnen Schulen und Distrikten zu unterschiedlich, hieß es (SCMP, 7.8.99). Die Unterschiede dürften sich vor allem auf das Niveau der Schulen beziehen, d.h. Schulen mit hohem Niveau können sich die besten Schüler auswählen.

Großer Unmut resultiert daraus, daß Mädchen und Jungen bei der Bewerbung um einen Schulplatz nicht nur getrennt, sondern auch unterschiedlich behandelt werden. Obwohl Mädchen bei der HKCEE-Prüfung durchweg besser abschneiden, werden weniger Mädchen zur Form Six zugelassen als Jungen. Überdies werden Jungen und Mädchen nicht als eine Gruppe gesehen, sondern als zwei getrennte Gruppen. Die Kommission für Chancengleichheit hat bereits rechtliche Schritte angekündigt, falls die Erziehungsbehörde diese Praxis nicht ändert. Die Vergabe der Schulplätze nach Geschlecht verstoße gegen das rechtlich abgesicherte Verbot, Schülern und Studenten die Zulassung zu

SVR Hongkong

26 Grenzen der Pressefreiheit - Kontroversen um die Taiwan-Berichterstattung

Die Grenzen der Pressefreiheit in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong waren im August Gegenstand einer heftigen politischen Kontroverse. Anlaß hierzu waren Äußerungen Zheng Anguos, des taiwanesischen Direktors des Chung-Hwa-Reisebüros, über den Status Taiwans. In einem Interview, das der regierungsfinanzierte Sender RTHK (*Radio Television Hong Kong*) im Rundfunk verbreitete, bekannte sich Zheng An-